



Verfahrensbedingungen

Maßnahme: Prüfung und Testierung des erweiterten Jahresabschlusses des studierendenWERK BERLIN
Vergabenummer: 2026-013-01

Die folgenden Beteiligungsbedingungen sind bei der Beteiligung an einem Vergabeverfahren bindend und von den Unternehmen zu beachten.

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler oder Formulierungen, die im Widerspruch zu vergaberechtlichen Bestimmungen stehen, hat das Unternehmen die Vergabestelle ausschließlich über die Vergabeplattform über den Button „Kommunikation“ im Menü bis zu dem in der Bewerbungs-/Angebotsaufforderung benannten Termin hinzuweisen.

2. Anforderungen an den Teilnahmeantrag/das Angebot

- 2.1 Der Teilnahmeantrag/das Angebot muss in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abgefasst, von dem/den Unternehmen vollständig ausgefüllt sein und alle in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben oder Erklärungen enthalten. Die Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- 2.2 Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.
- 2.3 Etwaige Änderungen der von Bewerber/Bieter vorgenommener Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- 2.4 Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, können diese dem Teilnahmeantrag/Angebot auf besonderer Anlage beigelegt werden. Auf Anlagen ist im Angebot hinzuweisen.
- 2.5 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.
- 2.6 Alle Preise sind in EURO, gerundet auf höchstens zwei Nachkommastellen, anzugeben. Die Preise sind in netto, ohne Umsatzsteuer, anzugeben.
- 2.7 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Preise auf verschiedene Preise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise

einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, grundsätzlich von der Wertung ausgeschlossen.

- 2.8 Der Bieter hat auf Verlangen des Auftraggebers die Kalkulation sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt zu dem von dem Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Unterauftragsnehmerleistungen.

3. Bewerber-/Bietergemeinschaft

- 3.1 Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft: Dem Teilnahmeantrag einer Bewerber-/ Bietergemeinschaft ist eine Erklärung (siehe Anlage 5) beizulegen, in der sämtliche Mitglieder der Bewerber-/ Bietergemeinschaft einem bevollmächtigten Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft Vertretungsmacht im Rahmen dieses Vergabeverfahrens einräumen, insbesondere hinsichtlich der rechtsverbindlichen Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie der Vornahme von Verfahrenshandlungen. Die vorgeschriebene Erklärung ist rechtsverbindlich von vertretungsbefugten Personen jedes Mitgliedes der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu unterzeichnen und für die Bewerber-/Bietergemeinschaft einfach im Original mit dem Teilnahmeantrag einzureichen; mit dem Angebot einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist eine gemeinsame Erklärung abzugeben, dass alle Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft für die Vertragserfüllung und etwaige Schadensersatzansprüche gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch haften. Weiterhin haben sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft im Rahmen der Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft darzulegen, dass die Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von den Mitgliedern der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Auftragsvergabe zu bewerben.

- 3.2 Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften sind die Eignungsangaben von jedem Bewerber-/Bietergemeinschaftspartner gesondert auszufüllen (siehe Anlage 4). Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen muss für jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft individuell nachgewiesen werden. Für die übrigen Eignungskriterien kommt es auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an, der Auftraggeber wertet also diese Angaben kumulativ. Die zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit vorzulegenden Referenzen sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft von demjenigen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen, das im Auftragsfall innerhalb der Bewerbergemeinschaft die vergleichbaren Leistungen ausführen wird.

4. Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

- 4.1. Ein Bewerber/Bieter kann sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit oder Fachkunde der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen („Eignungsleihe“). In diesem Fall hat der Bewerber diese anderen Unternehmen (Unterauftragnehmer) in seinem Teilnahmeantrag zu benennen. Ferner wird ein entsprechendes Formular „Verpflichtungserklärung“ (Anlage 4) zur Verfügung gestellt, das von den Unternehmen möglichst genutzt werden soll. Damit sind Erklärungen der benannten Unterauftragnehmer einzureichen, aus denen hervorgeht, dass der Bewerber im Falle der Zuschlagserteilung auf sämtliche für die Auftragsdurchführung erforderlichen Mittel der benannten Unterauftragnehmer zugreifen kann. Zudem sind die dort bezeichneten Unterlagen für diese Unterauftragnehmer in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der Bewerber auf die

Fähigkeiten der Unterauftragnehmer zum Nachweis der Leistungsfähigkeit oder Fachkunde beruft. Eignungsangaben von Unterauftragnehmern werden nur dann berücksichtigt, wenn eine Erklärung des Unterauftragnehmers vorliegt, wonach dieser bereit ist, Leistungen, auf die sich die Eignungsangaben beziehen, für dieses Projekt zu erbringen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen im Sinne der Eignungsleihe nicht nur ein selbstständiges, von dem Bewerber bzw. der Bewerbungsgemeinschaft rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein (konzern-) verbundenes Unternehmen (Mutter- / Tochter- / Schwestergesellschaft etc.) zu verstehen ist.

- 4.2. Beabsichtigen Bieter wesentliche Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer zu erbringen, haben sie die Unterauftragnehmer und die hiervon betroffenen Auftrags- / Leistungsanteile im Angebot anzugeben. Beabsichtigen die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter wesentliche Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer zu erbringen – ohne sich zugleich auf deren Leistungsfähigkeit und / oder Fachkunde zu berufen –, haben sie die Unterauftragnehmer und die hiervon betroffenen Auftrags- / Leistungsanteile ebenfalls im Angebot (nicht im Teilnahmeantrag) anzugeben. Zum Nachweis, dass dem Bieter die erforderlichen Kapazitäten des Unterauftragnehmers zur Verfügung stehen, hat er auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorzulegen.

5. Prüfung von Teilnahmeanträgen

Bei den geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen handelt es sich grundsätzlich nicht um Mindestanforderungen. Zwingende Angaben, d. h. Angaben und Erklärungen, die zwingend bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist vorzulegen sind, sind als „Mindestanforderung“ gekennzeichnet (siehe Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags, dort unter Ziffer 5 *Weitere Teilnahmebedingungen gem. Auftragsbekanntmachung: Eignungskriterien*). Die Nichtvorlage, nicht rechtzeitige oder nicht vollständige Vorlage oder die Vorlage von Angaben, die inhaltliche Defizite aufweisen hinsichtlich der als „Mindestanforderung“ gekennzeichneten Angaben führt ggf. nach erfolgloser Nachforderung zum Ausschluss. Inhaltliche Defizite der vorgelegten Nachweise und Erklärungen führen nicht zwingend zum Ausschluss des Teilnahmeantrages, sondern werden im Rahmen der grundsätzlichen Eignungsfeststellung berücksichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Zweifeln an der Eignung wegen inhaltlicher Defizite der vorgelegten Nachweise und Erklärungen, Teilnahmeanträge nicht zu berücksichtigen. Der Auftraggeber ist berechtigt, bei Bedenken hinsichtlich der Eignung des Bewerbers die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen. Verzichtet der Auftraggeber auf das Nachfordern von Nachweisen und Erklärungen, können unvollständige Teilnahmeanträge ggf. ausgeschlossen werden. Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bewerber/Bewerbungsgemeinschaften in einem dreistufigen Verfahren:

- 1. Stufe: Prüfung auf Vorliegen des Teilnahmeantrages und der abgeforderten Nachweise und Erklärungen
- 2. Stufe: Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß/entsprechend den §§ 123 ff. GWB sowie Einhaltung der Mindestanforderungen
- 3. Stufe: Prüfung der wirtschaftlichen, finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

6. Prüfung von Angeboten

117 6.1. Die eingegangenen Angebote werden zunächst daraufhin geprüft, ob sie die formellen Anforde-
118 rungen erfüllen. Dabei wird insbesondere geprüft:

- 119 • die form- und fristgerechte Einreichung des Angebotes,
- 120 • vollständiges Vorliegen der geforderten Unterlagen und Angaben
- 121 • die Einhaltung der vorgegebenen Formalien des Angebotes, vollständige Ausfüllung der vor-
122 bereiteten Angebotsunterlage, Eindeutigkeit der Eintragungen, keine Änderungen oder Ergän-
123 zungen der Vergabeunterlagen
- 124 • Angabe der erforderlichen Angebotspreise
- 125 • Vorliegen von Nebenangeboten

126 6.2. Des Weiteren wird der Auftraggeber die Angemessenheit der Angebote prüfen und die Angebote
127 entsprechend der Wertungskriterien auswerten.
128

129 7. Umgang mit den Daten des Bewerbers/Bieters

130 Es wird darauf hingewiesen, dass sich der Bewerber/Bieter mit Abgabe des Angebotes damit ein-
131 verstanden erklärt, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabever-
132 fahren verarbeitet und gespeichert werden können. Der Bewerber/Bieter hat sicherzustellen, dass
133 seine Mitarbeiter entsprechend informiert sind und – soweit erforderlich – deren Zustimmung zur
134 Weitergabe der betreffenden personenbezogenen Daten vorliegt.
135

136 8. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

137 Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbe-
138 werbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Ver-
139 hinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Aus-
140 künfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unter-
141 nehmen verbunden ist.
142

143 9. Sonstiges

144 9.1. Die weibliche/divers Form ist der männlichen Form in dieser Ausschreibung gleichgestellt; lediglich
145 aus Gründen der Vereinfachung wurde die männliche Form gewählt.

146 9.2. Für die Bearbeitung der Bewerbungen und Angebote sowie für die Beteiligung am Vergabeverfah-
147 ren wird keine Vergütung/Entschädigung gewährt.
148
149
